

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Gegengeschäftsverträge

1. Die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Gegengeschäftsverträge („AGB“) finden auf alle Gegengeschäftsverträge zwischen Deutscher Fachverlag GmbH („DFV“) und Dritten („Partner“) Anwendung.
2. Sofern im Vertrag kein ausdrückliches Leistungsdatum genannt ist, stimmen die Parteien den Zeitpunkt der Leistungserbringung einvernehmlich ab. Die jeweils leistungsberechtigte Partei ist verpflichtet, die Leistungen so rechtzeitig bei der anderen Partei anzufordern, dass die Leistungen üblicherweise bis zum Ende der Laufzeit des Gegengeschäftsvertrages erbracht werden können; dies gilt auch im Falle von Umbuchungen oder Stornierungen.
3. Sofern im Vertrag keine spezifischen Leistungen (Werbemittel wie Anzeigen, Banner, etc.), sondern lediglich ein finanzielles Volumen genannt ist, das der leistungsberechtigten Partei zum Abruf von Medialeistung der anderen Partei zur Verfügung gestellt wird („Mediavolumen“), so finden auf dieses Mediavolumen die Preise für Werbemittel gemäß Mediadaten / Preisliste der leistenden Partei Anwendung, sofern der Vertrag keine abweichende Regelung vorsieht. Sofern nicht vereinbart, werden keine Rabatte, Abschlussrabatte oder Agenturprovisionen gewährt.
4. Die Parteien bestätigen, zum vollen Vorsteuerabzug berechtigt zu sein. Soweit aufgrund der steuerlichen Gegebenheiten Umsatzsteuer in unterschiedlicher Höhe in Rechnung gestellt wird, obwohl die Nettobeträge übereinstimmen, ist eine vollständige gegenseitige Aufrechnung der Umsatzsteuer nicht möglich (insbesondere, wenn eine Partei eine Leistung erbringt, die dem ermäßigten Steuersatz, die Leistung der anderen Partei jedoch dem Regelsteuersatz unterliegt). Diejenige Partei, die ihre Leistung zum ermäßigten Umsatzsteuersatz berechnet hat, ist in diesem Fall verpflichtet, der anderen Vertragspartei die durch die unterschiedlichen Umsatzsteuersätze entstehende Differenz zu zahlen.
5. Die Parteien werden sich nach Vertragsschluss gegenseitig Rechnungen über die Netto-Werte der Leistungen zuzüglich (offen ausgewiesener) Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe stellen. Die Forderungen werden gegeneinander aufgerechnet, es fließen keine Zahlungen. Die Rechnungen sind mit dem Vermerk „Gegengeschäft ohne Geldfluss“ zu kennzeichnen.
6. Sofern die Parteien keine andere Vereinbarung treffen, verfallen Leistungen, für die kein vollständiger Abruf erfolgt ist, am Ende der Laufzeit. Die Partei, welche den Anspruch auf Leistung hatte, verzichtet in diesen Fall auf die Erbringung dieser Leistungen; rechnerische Restsalden werden somit nicht ausbezahlt.
7. Sofern die von einer Partei zu erbringenden Leistungen Medialeistungen (Anzeigen, Banner, etc.) in Print- und Onlinemedien umfassen, behalten sich die Parteien – auch wenn im Vertrag ein ausdrückliches Leistungsdatum genannt ist – ein Schieberecht hinsichtlich der Platzierung und der Erscheinungstermine vor.
8. Eine Stornierung von durch den Partner bereits mit dem DFV (insbesondere hinsichtlich Erscheinungstermin) abgestimmter und damit gebuchter Medialeistung ist maximal bis sieben (7) Werktagen vor dem geplanten Erscheinungstermin möglich. Erfolgt eine Stornierung nach diesem Zeitpunkt, behält sich der DFV vor, diese Buchung im Rahmen dieses Gegengeschäfts voll in Rechnung zu stellen.
9. Die Parteien sind berechtigt, Anzeigenmotive und sonstige, von der anderen Partei zur Veröffentlichung bereitgestellte Inhalte („Inhalte“) aus inhaltlichen Gründen abzulehnen. Dies gilt insbesondere, wenn Inhalte gegen Gesetze oder behördliche Bestimmungen verstoßen, vom deutschen Werberat in einem Beschwerdeverfahren beanstandet wurden, wenn eine Veröffentlichung wegen des Inhalts, der Herkunft oder der technischen Form unzumutbar wäre oder sie Fremdwerbung beinhalten. Keine Fremdwerbung im vorstehenden Sinne und damit zulässig ist Werbung für Angebote der mit dem DFV i.S.v. §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen. Für Medialeistung des DFV gelten ergänzend die Regelungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des DFV für Werbemittel, abrufbar unter www.dfv.de/aqb.
10. Die Partei, welche die Inhalte bereitstellt, ist für diese Inhalte und deren rechtliche Zulässigkeit verantwortlich und stellt die andere Partei diesbezüglich von allen Ansprüchen Dritter frei. Wird z.B. durch gerichtliche Verfügung der Abdruck einer Gegendarstellung erwirkt, trägt der Auftraggeber die hiermit verbundenen Kosten.
11. Sofern neben der auf Gegengeschäft basierenden Vereinbarung zusätzlich auch Leistungen vereinbart werden, für die eine Partei sich zur Zahlung verpflichtet (Leistungen mit Geldfluss), so wird die hierfür vereinbarte Vergütung von der leistenden Partei der anderen Partei nach Leistungserbringung separat in Rechnung gestellt. Sofern nicht anders angegeben, verstehen sich Preise zuzüglich Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe, sofern anfallend.
12. Die Abtretung von Ansprüchen aus diesem Vertrag an Dritte ist ausgeschlossen.
13. Das Recht zur ordentlichen Kündigung während der Vertragslaufzeit ist ausgeschlossen, das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
14. Die Parteien verpflichten sich, den Inhalt des Gegengeschäftsvertrages vertraulich zu behandeln.
15. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Beide Parteien werden in diesem Fall eine dem Gewollten möglichst nahekommende Regelung vereinbaren.
16. Für diesen Vertrag und sich daraus ergebende Streitigkeiten gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Als ausschließlicher Gerichtsstand wird Frankfurt / Main vereinbart.

General Terms and Conditions for Barter Agreements

1. These General Terms and Conditions for Barter Agreements (“GTC”) apply to all Barter Agreements between Deutscher Fachverlag GmbH (“DFV”) and any third party (“Partner”).
2. If no specific date of performance is expressly stated agreement, the parties shall mutually agree on the time of performance. Each party entitled to receive a service is obliged to request such service in good time so that the service can regularly be provided by the end of the term of the agreement; this also applies in the event of rebookings or cancellations.
3. If the agreement does not specify exact services to be provided (such as ads, banners, etc.), but only a financial volume, allowing a party to make use of the other party’s media services available (“Media Credit”), the other party’s prices for advertising services as set out in the Media Data (Media Kit) / official pricelist will be applied to that Media credit, unless otherwise specified in the agreement. Unless agreed otherwise, no discounts, volume discounts or agency commissions will be granted.
4. The parties confirm that they are entitled to full input tax deduction. If, due to tax circumstances, VAT is charged at different rates although the net amounts are identical, a complete mutual set-off of the VAT is not possible (especially if one party provides a service subject to a reduced tax rate and the other party’s service is subject to the standard rate). The party applying the reduced VAT is then obligated to compensate the other party for the resulting difference.
5. Upon conclusion of the agreement, the parties shall issue invoices to each other for the net value of the agreed services plus (clearly stated) VAT at the statutory rate. The claims shall be offset against each other; no payments shall be made. The invoices shall be clearly marked as “Countertrade without cash flow.”
6. Unless otherwise agreed by the parties, services not fully requested shall expire at the end of the term. In this case, the party entitled to the services waives its right to receive the service; resulting balances shall therefore not be paid out.
7. If a party is to provide media services (such as ads, banners, etc.) in print and online media, the party reserve the right to reschedule placement and publication dates – even if the contract provides for a specific performance date or placement.
8. Media services already booked / agreed (especially regarding publication dates), may only be cancelled up to seven (7) working days before the planned publication date. If cancelled after this period, DFV reserves the right to fully charge the booking under the agreement.
9. The parties are entitled to reject advertising content and other materials provided by the other party for publication (“Content”) on substantive grounds. Especially, this applies if Content violates laws or official regulations, has been objected to by the German Advertising Standards Council, if publication is unreasonable due to its contents, origin, or technical form, or if it contains third-party advertising. Advertising for DFV group companies as defined in §§ 15 et seq. AktG is not considered third-party advertising within this context and therefore permissible. In addition, the DFV Terms and Conditions for Advertising Services, available at www.dfv.de/en/aqb, shall apply to all DFV media services.
10. The party providing the content is responsible for such content and for its legal admissibility and shall indemnify the other party in this respect against all third-party claims. For example, if a court order requires a counterstatement to be published, the client shall bear the respective costs.
11. If, in addition to the countertrade-based barter agreement, services subject to payment are agreed in the agreement, the agreed remuneration for such services will be invoiced by the performing party to the other party separately after the service has been rendered. Unless otherwise stated, prices are exclusive of statutory VAT where applicable.
12. The assignment of claims under the agreement to third parties is excluded.
13. The right to ordinary termination is excluded during the term of the agreement; the right to extraordinary termination for good cause remains unaffected.
14. The parties undertake to treat the contents of the Barter Agreement as confidential.
15. There are no verbal side agreements. Amendments or additions to this contract must be made in writing. Should any provisions of this agreement be or become invalid, this shall not affect the validity of the remaining provisions. In this case, both parties shall agree on a provision that comes as close as possible to the intended purpose.
16. The agreement and any disputes arising from it shall be governed by the laws of the Federal Republic of Germany, excluding the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods. Sole place of jurisdiction shall be Frankfurt / Main, Germany.